

# **Empfehlungen der Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe“**

**erstellt im Auftrag des Ministeriums  
für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-  
Westfalen (MAGS)**

**Dezember 2021**

**Günter Garbrecht  
Vorsitzender der Expertenkommission**

# Anlass und Auftrag

## Anlass:

- Vorwürfe und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Verstößen in der Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen (FEM) in der Diakonischen Stiftung Wittekindshof

## Auftrag:

- Empfehlungen zur **Verbesserung des Gewaltschutzes** in der Eingliederungshilfe an der Schnittstelle zwischen Einrichtung, rechtlicher Betreuung, Justiz und WTG-Behörden einschließlich gesetzlicher Schlussfolgerungen
- Empfehlungen von Lösungsansätzen zur **Weiterentwicklung der Leistungs- und Betreuungsangebote** für erwachsene Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und erheblich herausforderndem Verhalten

# Betroffener Personenkreis

Erwachsene Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und erheblich herausforderndem Verhalten

- rund 350.000 Menschen mit **kognitiven Beeinträchtigungen** in NRW; ob ein **Verhalten als herausfordernd** wahrgenommen wird, hängt von Normen, Interaktionen und dem sozialen Kontext ab; je nach Studie: 20-25% (70-90.000); zusätzliche psychischer Störungen ca. 20% (70.000).
- als **erheblich herausfordernd mit einem intensiven Unterstützungsbedarf** gilt Verhalten mit hohen Risiken für körperliche und psychische Unversehrtheit der betroffenen Menschen mit Behinderung und ihres Umfelds („Selbst- und Fremdgefährdung“); Anteile deutlich niedriger, Zahlen nicht verfügbar
- sehr **heterogener Personenkreis** mit höchst individuellen Problemlagen, hohem Exklusionsrisiko und intensivem multiprofessionellem Unterstützungsbedarf
- viele Personen mit **leichter/mittlerer kognitiver Beeinträchtigung und erheblich herausforderndem Verhalten**

# Betroffener Personenkreis

Erwachsene Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und erheblich herausforderndem Verhalten

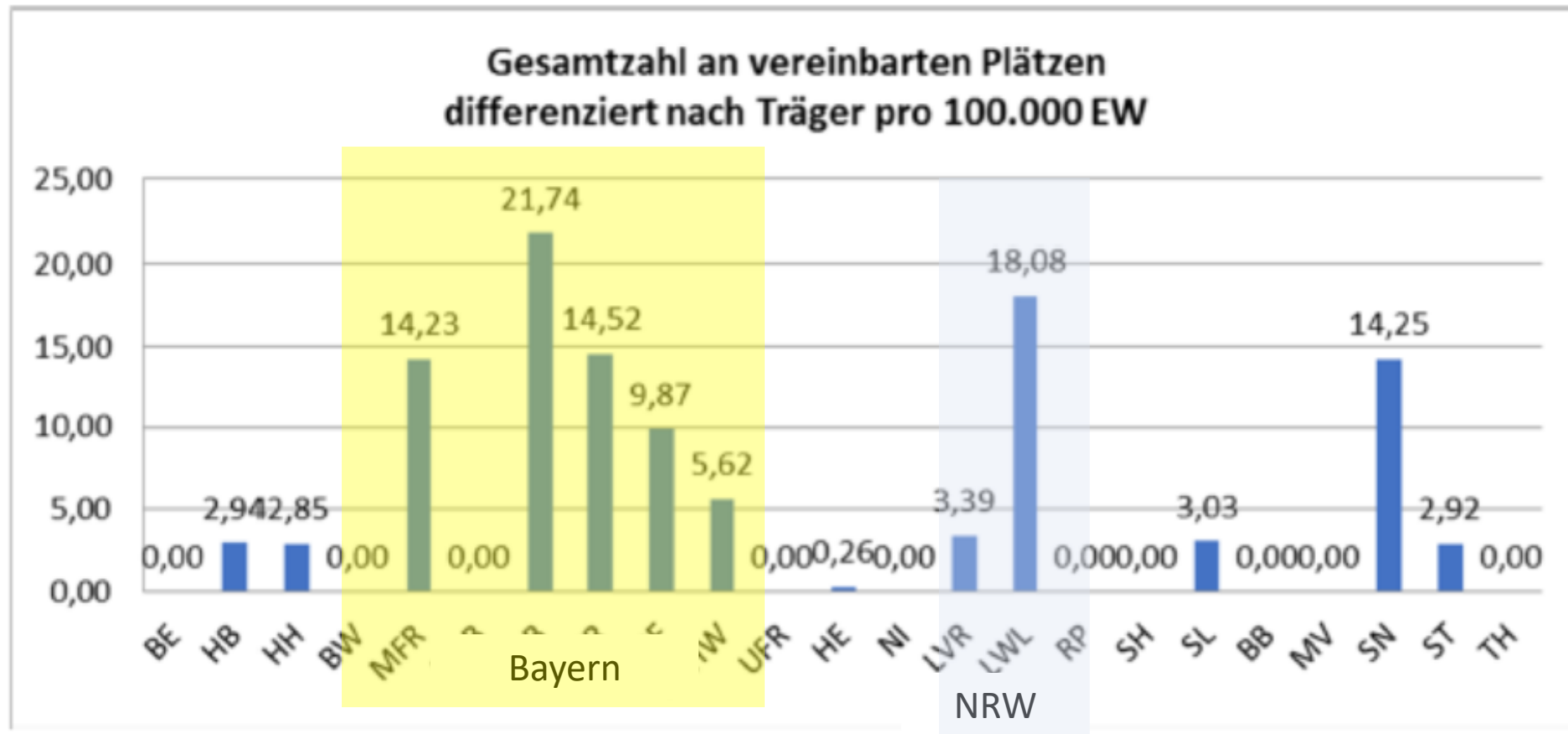
- **Umgang mit Konflikten und Gewalt** als herausragendes Problem für betroffene **Menschen mit Behinderung und Mitarbeitende**
- Einsatz von **freiheitseinschränkenden und -entziehenden Maßnahmen** als Risikofaktor
- **Institutionelle Lebensorte:**
  - > oft spezialisierte Wohnformen in Komplexeinrichtungen (z.B. Wittekindshof)
  - > „eingestreut“ in regulären Wohnformen
  - > selten in ambulanten Settings
  - > zeitweise in psychiatrischen Kliniken, oftmals ohne Entlass-Perspektive wie z.B. Spezialisierte Angebote mit intensiver Unterstützung)
  - > Unterbringung im Maßregelvollzug/Forensik (Problem Entlass-Perspektive in die EGH)

# Einsatz freiheitsentziehender Maßnahmen (FEM)

- **Freiheitsentziehende Unterbringung, Freiheitsbeschränkende und Freiheitsentziehende Maßnahmen**  
(geschlossene Wohnformen, Einschlüsse, Fixierungen, sonstige)  
Zur Genehmigungs- und Anwendungspraxis liegen nur sehr rudimentäre Daten vor
- Bundesweite BAGüS-Umfrage unter (18 von 23) Trägern der Eingliederungshilfe nach **„vereinbarten geschlossenen Plätzen“** (fakultativ geschlossen)  
4.229 Plätze, davon 1.513 (35,8%) für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung  
NRW: 1.821 geschlossene Plätze (kognitive, psychische Beeinträchtigung, Sucht, o.A.)
- Auffallend sind für **Westfalen-Lippe**
  - >die meisten Plätze (229) in vollständig geschlossenen Einrichtungen (neben Oberbayern)
  - >die meisten Plätze (1246) in geschlossenen Gruppen ansonsten offener Einrichtungen
  - >eine erhebliche Differenz geschlossen geführter Wohnplätze zwischen Westfalen-Lippe (18,08/100.000 Einw.) und dem Rheinland (3,39/100.000 Einw.)

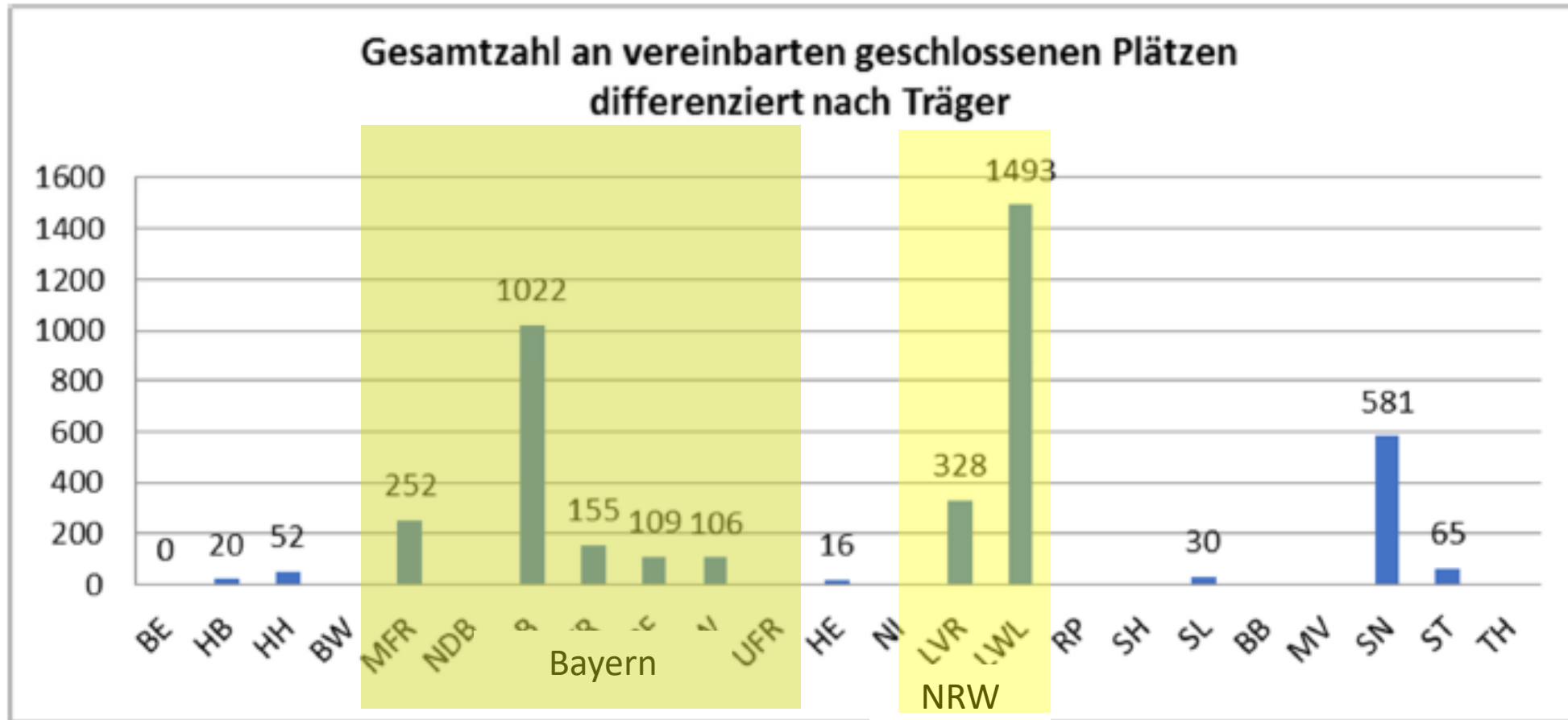
„Festzustellen ist auch, dass die nicht rechtskonforme Anwendung von freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen über Jahre nicht aufgefallen ist“  
(MAGS, Landtagsdrucksache NRW 17/15188)

# Einsatz freiheitsentziehender Maßnahmen (FEM)



Gesamtzahl an vereinbarten (fakultativ) geschlossenen Plätzen in der EGH, differenziert nach Trägern der EGH pro 100.000 Einwohner  
BAGüS-Fachausschuss 2021, S. 11 (5 Träger ohne Antwort)

# Einsatz freiheitsentziehender Maßnahmen (FEM)



Gesamtzahl an vereinbarten (fakultativ) geschlossenen Plätzen  
in der EGH, differenziert nach Trägern der EGH  
BAGüS-Fachausschuss 2021, S. 11 (5 Träger ohne Antwort)

# Empfehlungen der Kommission im Überblick

**Rechte von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung und erheblich herausforderndem Verhalten auf Gewaltschutz, Teilhabe und qualifizierte Unterstützung stärken!**

## **1. Gewaltschutz im Wohn- und Teilhabegesetz stärken:**

- > Einheitliche Rechtsanwendung
- > Aufsicht verstärken
- > Aufsichtsbehörden qualifizieren

## **2. Schutz, Hilfe und Beratung für betroffene Menschen mit Behinderung sichern:**

- > Monitoring- und Beschwerdestelle in NRW
- > aufsuchende Schutzangebote



# Empfehlungen der Kommission im Überblick

**Rechte von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung und erheblich herausforderndem Verhalten auf Gewaltschutz, Teilhabe und qualifizierte Unterstützung stärken!**

## **3. Gewaltschutz im rechtlichen Betreuungsverfahren verstärken:**

- > Betreuungsgerichte, rechtliche Betreuer\*innen, Betreuungsvereine qualifizieren;
- > Angehörige unterstützen, insbesondere durch Betreuungsvereine
- > Kooperation zwischen Betreuungsgerichten und Eingliederungshilfe verbessern

## **4. Flächendeckender Aufbau von Konsulentendiensten**

- > als regionale Beratungs- und Kompetenznetzwerke in ganz NRW
- > pro Regierungsbezirk ein Konsulentendienst
- > in gemeinsamer Trägerschaft und Finanzierung durch Land, Landschaftsverbände und Freie Wohlfahrtspflege

# Empfehlungen der Kommission im Überblick

## **5. Angebotsstrukturen in der Eingliederungshilfe erweitern:**

- > Erweiterte Teilhabeplanung
- > geeignete Wohnkonzepte (regional, kleinstrukturiert)
- > bauliche Gestaltung umstellen (Apartmentprinzip, Wohnflächen)
- > qualifiziertes Fachkonzept (multiprofessionell, Gewaltprävention)
- > qualifiziertes Personalkonzept (Fachkräfte, Zusatzqualifizierung)

## **6. Medizinisch-psychiatrische Versorgung verbessern:**

- > Fallmanagement zwischen Psychiatrie und Eingliederungshilfe
- > Auf- und Ausbau von Medizinischen Zentren für Erwachsene Menschen mit Behinderung (MZEBS) beschleunigen
- > mehr spezialisierte ambulante und stationäre psychiatrische Angebote

# Empfehlungen der Kommission im Überblick

## **7. Regionale Strukturplanung und Vernetzung im Sozialraum steuern:**

- > Ausbau und Steuerung regionaler ambulanter Regelangebote der Eingliederungshilfe und des Gesundheitsbereichs mit Beratung, Behandlung, intensiver Assistenz
- > strukturierte Kooperation der regionalen Akteure der Eingliederungshilfe und psychosozialer bzw. psychiatrischer Angebote

## **8. Erkenntnis- und Datenlage verbessern:**

- > Praxisnahe Forschung
- > Evaluierung von Angebotsstrukturen und Gewaltschutzkonzepten
- > Monitoring freiheitsentziehender Unterbringung und Maßnahmen

# Regionale Angebotsstruktur

Erwachsene Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und erheblich herausforderndem Verhalten

## Bedarfe nach Schätzungen von Experten

- **Die BAGüS-Erhebung: 1.821 fakultativ geschlossene Plätze** (mit kognitiver, psychischer Beeinträchtigung, Sucht, o.A.) in NRW; entspricht auf 100.000 Einwohner\*innen: **18,08 Plätze für Westfalen-Lippe bzw. 3,39 Plätze für Rheinland** (Empfehlungen, S. 111)
- **Möglicher Richtwert** für regionale Angebotsgestaltung bei kognitiver Beeinträchtigung, intensivem Unterstützungsbedarf, z.T. fakultativ geschlossen, aber mit Öffnungsperspektive: **10-12 Wohneinheiten mit intensiver Assistenz pro 100.000 Einwohner\*innen**  
d.h. für NRW ca. 1.800-2.100 Plätze (Steinhart, Empfehlungen, S. 180)
- **Schätzperspektive:** Personen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Beeinträchtigung oder einer substanzbedingten Erkrankung, die **regelmäßig besonders herausforderndes Verhalten** zeigen, die in den letzten 12 Monaten Gegenstand der Fallbearbeitung oder regionalen Hilfeplanung waren: **16-20 Personen pro Region** (Neise/Magaletta, LVR-Studie; Empfehlungen, S. 50/51)

# Regionale Angebotsstruktur

Erwachsene Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und erheblich herausforderndem Verhalten

## Vorschlag der Expertenkommission

- Erprobung von je zwei Best-Practice-Modellen
- in Regionen beider Landschaftsverbände (Rheinland & Westfalen)
- unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Kommission
- unter Beteiligung der Träger der Eingliederungshilfe, der Krankenkassen und des Landes
- mit Erprobung neuer Finanzierungsformen

# Abschließende Hinweise

[Abschlussbericht](#) der Expertenkommission

Literaturverzeichnis: am Ende des Abschlussberichts

[Zusammenfassung](#) der Empfehlungen des Abschlussberichts

[Handlungsempfehlungen](#) der Kommission in Übersicht

[Anhänge](#) (Präsentationen zu einzelnen Themen des Abschlussberichts)

[Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum IX. Buch SGB](#) zum 1.1.2023

[Landesinitiative Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen](#) (Gemeinsam für einen besseren Schutz vor Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe)  
Auftakt am 27.9.2022